

Kurzinformationen

zusammengestellt von K.-H. Krämer

Parlamentsdebatte

Am 16. September endete die dritte Sitzungsperiode des Parlaments, in deren Verlauf insgesamt 40 Gesetze verabschiedet wurden. Der Oppositionsführer Man Mohan Adhikari (NCP-UML) kritisierte, es sei kein Fortschritt erzielt worden in Hinsicht auf einen nationalen Konsens in den wichtigsten nationalen Problembereichen.

Lage der Menschenrechte

Madhav Kumar Nepal, NCP (UML), kritisierte am 1. September den Umgang der Regierung mit Anhängern oppositioneller Parteien und Organisationen. Insbesondere bedauerte er, daß es in Nepal immer noch zu Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitsorgane des Staates komme, wie z.B. am 6. April 1992, als sieben Personen durch Polizeischüsse offensichtlich gezielt getötet und zahlreiche andere verletzt wurden (siehe weiter unten). Er forderte erneut eindringlich, daß diejenigen, die sich während der Demokratiebewegung von 1990 eines Verbrechens schuldig gemacht haben, dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Innenminister Sher Bahadur Deupa antwortete, die 'Nepali Congress'-Regierung werde unter keinen Umständen Gewalt, Unterdrückung, Mord, Anarchie und Folter unterstützen. Andererseits dürfe aber auch niemand Panik und Anarchie in der Gesellschaft verbreiten und die Demokratie und die Menschenrechte unterwandern.

Zu den wieder verstärkt vorgetragenen Forderungen einer Realisierung der Vorschläge der Mallik-Kommission (die Übergangsregierung des damaligen Premierministers Krishna Prasad Bhattarai hatte 1990 eine Kommission unter Leitung von Janardan Lal Mallik mit der Untersuchung der staatlichen Verbrechen während der Demokratiebewegung beauftragt; der Bericht wurde Ende 1990 vorgelegt) antwortete der Innenminister, dies sei eine Aufgabe für den Generalstaatsanwalt Moti Kaji Sthapit. Dieser seinerseits bezeich-

nete den Kommissionsbericht als unzureichend; es seien weitere richterliche und polizeiliche Untersuchungen notwendig. Ganesh Man Singh, der große alte Mann des 'Nepali Congress', warnte im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung, ein Vorgehen gegen die für die staatlichen Übergriffe während der nepalischen Demokratiebewegung verantwortlichen Personen könne ähnliche Ausmaße annehmen wie die Racheakte während der Kulturrevolution in China.

Im Kontrast dazu sind die Vorwürfe der Wochenzeitung 'Janata' zu sehen, wonach eine Reihe von Personen, die allein aufgrund ihrer Funktionen für die Polizeiaussschreitungen und Todesschüsse während der Demokratiebewegung verantwortlich waren, heute hohe Ämter bekleiden. Namentlich genannt wurde insbesondere der heutige nepalische Botschafter in Bangladesh, Lok Bahadur Shrestha, der während der versuchten Niederschlagung der Demokratiebewegung Leiter des 'Counter-Action Committee' zur Unterdrückung der Volksbewegung war. Kul Chandra Shrestha ordnete als 'Chief District Officer' (CDO) von Bhaktapur die dortigen Todesschüsse an, Khem Raj Regmi war als CDO des Dhanusha-Distriktes verantwortlich für die Todesschüsse von Jadukuha. Beide sind bei gleichzeitiger Beförderung in andere Distrikte versetzt worden.

Zwischenfälle vom 6. April

Die regierungsunabhängige 'Citizens' Investigation Commission' unter Leitung von Sarvagya Ratna Tuladhar, die die Ereignisse während des landesweiten Generalstreiks vom 6. April untersuchte, hat jetzt unter Schwierigkeiten (die regierungseigene Zeitung 'Gorkhapatra' verweigerte selbst bei Bezahlung einen Abdruck) ihren Bericht vorgelegt. Demnach wurden sieben Personen getötet, weitere 97 verletzt; die Einsichtnahme amtlicher Quellen wurde leider verweigert. Es seien Pflichtverletzungen sowohl seitens der Polizei als auch seitens der lokalen Verwaltung festgestellt worden. An einigen Orten sei in überflüssiger Weise von

der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden. Weiterhin seien keine angemessenen Vorkehrungen für die Behandlung der Verletzten sowie für Schadensersatzleistungen an die Familien der Opfer getroffen worden. Aber auch den Organisatoren des landesweiten Streiks müsse vorgehalten werden, daß sie zeitweise die Kontrolle über die Situation verloren hätten.

Streit um die Tanakpur-Frage

Die Abtretung von nepalischem Territorium an Indien in Zusammenhang mit dem Tanakpur-Wasserkraftwerkprojekt wurde am Anfang September im Parlament abermals kontrovers diskutiert, nachdem die eingesetzte Sonderkommission unter Leitung des stellvertretenden Parlamentssprechers Mahanta Thakur ihren Bericht vorgelegt hatte. Die Opposition vertritt weiterhin die Auffassung, daß es sich um ein Abkommen und nicht um eine bloße Absprache mit Indien handele; daher müsse die Angelegenheit vom Parlament ratifiziert werden. Das Tanakpur-Projekt gehört zum Paket der Verträge und Vereinbarungen, die während des Staatsbesuchs Girija Prasad Koiralas in Indien im vergangenen Jahr erzielt wurden. Zur Durchsetzung ihrer Forderung schlossen sich 8 Oppositionsparteien - NCP (UML), NCP (Unity Center), NCP (Masal), NCP (United), NCP (MLM), NCP (Amatya), 'Nepali Communist League' und 'Nepal Workers and Peasants Party' - zu einer Allianz zusammen.

Parteienbündnis am Ende

Vor etwa einem Jahr schlossen sich NCP (Manandhar), NCP (Varma) und NCP (Amatya) zur NCP (United) zusammen. Damals hatte man gehofft, daß sich weitere Linksparteien dem Bündnis anschließen würden. Nach der NCP (Varma) ist Anfang September jedoch auch die NCP (Amatya) wieder aus dem Bündnis ausgetreten. Die NCP (United) ist jetzt also mit der NCP (Manandhar) identisch. NCP (Varma) und NCP (Amatya) bemühen sich nun ihrerseits wieder um eine Kooperation.

Gespräch über Flüchtlinge

Auf der Konferenz der 'Blockfreien' in Jakarta traf Premierminister Girija Prasad Koirala am 2. September mit dem bhutanischen Außenminister Lyonpo Dawa Tshering zusammen. Letzterer kündigte einen baldigen Besuch in Kathmandu an, um das Problem der bhutanischen Flüchtlinge zu besprechen. Derweil wird die Zahl der bhutanischen Flüchtlinge in Nepal auf 66.000 geschätzt.

Probleme für Tibeter in Nepal

Die örtliche Verwaltung untersagte am 2. September in Baudha eine Feier der Tibeter aus Anlaß des Demokratietages. Die Behörden wollten offensichtlich eine politische Kundgebung zugunsten der tibetischen Exilregierung und gegen die chinesische Besatzungsmacht unterbinden. Etwa zur gleichen Zeit wurden von der Presse Zwischenfälle aus dem Raum Okhaldhunga gemeldet, bei denen die Polizei mit Waffengewalt gegen, wie es hieß, "Banden gesetzloser Elemente, die raubend und plündernd durch Dörfer zogen", vorging. Es hieß, diese "gesetzlosen Elemente" seien Tibeter gewesen. Zwei Personen seien getötet und eine Reihe anderer verletzt worden. Ferner seien Tibeter und Chinesen in großer Zahl illegal über Tatopani im Sindhupalchok-Distrikt nach Nepal eingewandert. Insbesondere die linke nepalische Presse versucht, die Tibeter, die aus politischen Gründen vor den Chinesen aus ihrer Heimat nach Nepal fliehen - es ist mittlerweile die Rede von 12.000 Flüchtlingen in Nepal -, zu diffamieren, weil sie in Nepal ihre Stimme nach Freiheit für Tibet erheben. Liberalere Zeitungen, wie z.B. der dem 'Nepali Congress' nahestehende Arati, bitten um Verständnis für die Lage der tibetischen Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang wird auch die nepalische Abschiebepolitik tibetischer Flüchtlinge an die chinesischen Behörden kritisiert, da die Ausgelieferten um ihr Leben fürchten müssten. Kritisiert wird aber auch die linke Presse, weil sie sich zwar zu Recht für die bhutanischen Flüchtlinge einsetze, die aus ihrem Land geflohenen Tibeter aber als Terroristen bezeichne.

Nepalische Soldaten in den UN-Friedenstruppen

Mitglieder des nepalischen Kontin-

gents innerhalb der UN-Friedenstruppen im ehemaligen Jugoslawien - seit Ende Mai befinden sich 830 nepalische Soldaten sowie eine Einheit der nepalischen Polizei im Krisengebiet - haben offen gegen die Entscheidung revoltiert, daß ihnen nur 300 US\$ monatlich ausgezahlt werden, obgleich die UN 900 US\$ zahlen. Daraufhin reiste eine Gruppe hochrangiger Offiziere ins jugoslawische Kriegsgebiet und brachte sieben Anführer des Aufstandes nach Kathmandu. Dort müssen sie sich nun vor einem Militärgericht verantworten, wo ihnen Höchststrafen bis zu 14 Jahren drohen. Einer der protestierenden Soldaten, Ram Bahadur Pande, entzog sich dem Militärgerichtsverfahren durch Selbstmord.

Indische Grenze

In Nepal mehrt sich die Furcht vor dem Eindringen größerer Zahlen militanter Sikhs auf nepalisches Territorium. Einige Zeitungen berichten, Sikhs könnten in absehbarer Zeit Aktionen von nepalischem Territorium aus starten.

Wirtschaftslage

Nach einer Unterbrechung von zwei Jahren begann am 16. Juli der 8. Fünfjahresplan (1992-1997). Am 19. August wurde eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten bekanntgegeben. Der Plan umfaßt 109 Milliarden Rupien im privaten und 61 Milliarden Rupien im öffentlichen Sektor. Letztere Ausgaben sollen abgedeckt werden durch Steuereinnahmen (27,5 Prozent), auswärtige Zuschüsse (17,4), auswärtige Darlehen (48,1) und internationale Anleihen (7). Ziel ist eine jährliche Steigerung des Brutto sozialprodukts um 5,1 Prozent. Premierminister Girija Prasad Koirala wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß heute 49 Prozent der nepalischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben. Durch neue Wirtschaftsprogramme solle die Zahl um 1,5 Millionen gesenkt werden.

Am 6. September fand in Kathmandu ein Treffen von Vertretern der lokalen Verwaltung, Geschäftsleuten und Verbrauchern unter Leitung von Innenminister Sher Bahadur Deupa statt. Ab 17. September wurden alle Geschäftsinhaber zur Auslage von Preislisten verpflichtet. Die Preise für die wichtigsten Verbrauchsgüter sind seit April 1990 um 50-65 Prozent gestiegen.

Das Industrieministerium plant in Zusammenarbeit mit UNDP und UNIDO die Abhaltung eines internationalen Investment-Forums vom 30. November bis 4. Dezember 1992. Ausländischer Unternehmen haben bereits ihre Teilnahme zugesagt. Bei diesem Forum sollen 70 Projektvorschläge nepalischer Unternehmen mit dem Angebot einer auswärtigen Beteiligung vorgestellt werden. Am 6. September reiste eine Delegation nepalischer Industrieller und Geschäftsleute aus dem Privatbereich nach Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, um für das Forum zu werben.

Bevölkerungszensus 1991

Trotz der bereits bekannten Mängel des Zensus von 1991 wurden jetzt weitere interessante Auswertungen veröffentlicht. 42,3 Prozent der nepalischen Bevölkerung sind jünger als 16 Jahre. Auf die wirtschaftlich aktivste Bevölkerungsgruppe (16-59 Jahre) entfallen 51,8 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten im Landwirtschaftsbereich ging von 91,4 Prozent auf 80,3 Prozent zurück.

Offensichtliche Verfälschungen aus der Panchayat-Zeit hinsichtlich der Muttersprache und der ethnischen Zugehörigkeit wurden deutlich korrigiert. So ging z.B. der Anteil der Nepali-sprachigen Bevölkerung von 58,4 auf 53,2 Prozent zurück, während der Anteil der Bevölkerung, die Sprachen wie Maitihili, Tharu, Tamang, Newari und Magar sprechen, anstieg. Gleichzeitig sank der Anteil der Hindus an der Gesamtbevölkerung um 3,2 Prozent und beträgt nunmehr noch 86,2 Prozent (Buddhisten 7,8 Prozent, Moslems 3,8 Prozent).

Hindi als nationale Sprache

In einer Presseerklärung forderte Rajendra Mahato, Sprecher der 'Nepal Sadbhavana Party' (NSP) erneut, Hindi müsse als eine der nationalen Sprachen des Landes anerkannt werden. Im gesamten Tarai, und damit für die Hälfte der Bevölkerung Nepals, sei Hindi die verbindende Sprache. Indien habe seinerseits das Nepali verfassungsmäßig anerkannt (Die Anerkennung durch das indische Parlament erfolgte am 20. August 1992), obgleich es nur von weniger als ein Prozent der Bevölkerung gesprochen werde.